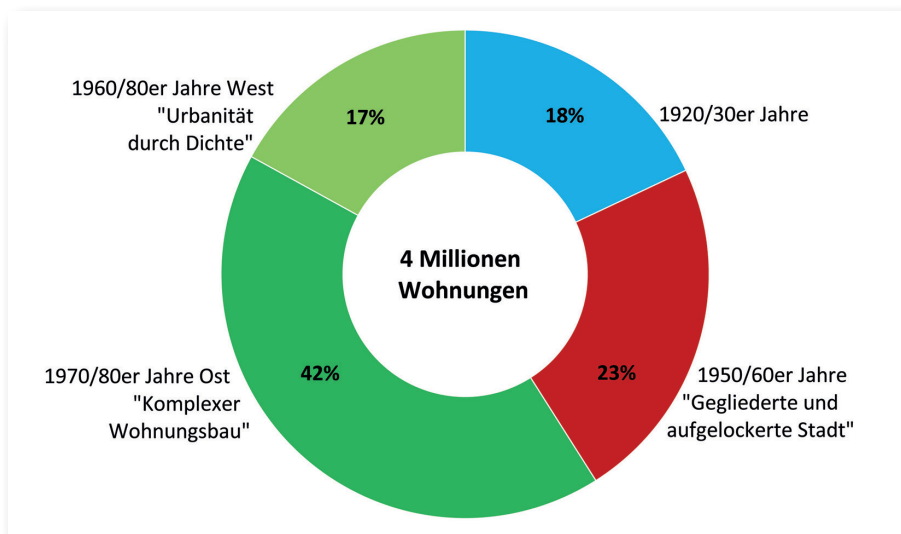


## Inhalt

- 3 Berlin:** Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt in der Hauptstadt hat Mitte Mai den neuen Berliner Mietspiegel vorgelegt.
- 3 Bayern:** Die Mitglieder des Verbandes bayerischer Wohnungsunternehmen haben 2014 erstmals über 1,3 Milliarden Euro investiert.
- 4 Thüringen:** Der Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (vtw.) und der Prüfungsverband Thüringer Wohnungsunternehmen (ptw.) fusionieren.

## Neue Studie: Gute Perspektiven, aber großer Investitionsbedarf bei großen Wohnsiedlungen

Berlin – „Weiterentwicklung großer Wohnsiedlungen“, so der Titel einer neuen Studie, die das Kompetenzzentrum Großsiedlungen gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik erarbeitet hat. Der Investitionsbedarf für die großen Wohnsiedlungen wird in dem Gutachten mit 90 Milliarden Euro beziffert.



Bundesweit liegen rund vier Millionen Wohnungen in Großsiedlungen – ihr Anteil am Mietwohnungsmarkt liegt damit bei rund 20 Prozent.

Mit der Studie, die in Kooperation des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW mit dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie und dem Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden beauftragt wurde, liegt erstmals seit dem Großsiedlungsbericht der Bundesregierung aus dem Jahre 1994 wieder eine bundesweit repräsentative Untersuchung zum Investitionsbedarf und Handlungserfordernissen in den großen Mietwohnbeständen des 20. Jahrhunderts vor.

Die Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen steigt. Bau- und Wohnungswirtschaft sind an qualitativ hochwertigen, rationalen und kostengünstigen Lösungen sowohl

beim Neubau als auch im Bestand interessiert. Die Potenziale in den großen, im 20. Jahrhundert in Ost wie West errichteten Wohnsiedlungen sind dabei von besonderem Interesse. Dort befindet sich die Mehrzahl der mit bauindustriellen Methoden errichteten und von der organisierten Wohnungswirtschaft bewirtschafteten Wohnungen. Hier leben circa acht Millionen Menschen in vier Millionen Wohnungen.

Die Erneuerung und Weiterentwicklung dieser Bestände ist – obwohl vor allem in den neuen Ländern bereits vorangeschritten – eine Bauaufgabe mit immensem Investitionsbedarf, der in einer vom Kom-

Weiter auf Seite 2 ➔

## Aktuelle Meldungen

### Baugenehmigungen leicht gestiegen

Von Januar bis März 2015 wurde in Deutschland der Bau von 64.800 Wohnungen genehmigt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, waren das 1,5 Prozent oder 900 Wohnungen mehr als im ersten Quartal 2014. Damit setzt sich das Wachstum bei den Baugenehmigungen zwar fort, ist aber deutlich weniger stark als im ersten Quartal 2014. Damals hatte das Plus gegenüber dem Vorjahr noch bei 15,3 Prozent gelegen. *Mehr dazu in der wi 22.* (wi)

### Berlin verspricht mehr Geld für Klimaschutz

Die Bundesregierung will die Hilfen für den internationalen Klimaschutz bis zum Jahr 2020 auf vier Milliarden Euro im Jahr verdoppeln, wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 20. Mai 2015 berichtete. Das hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf dem Petersberger Dialog, einer von der Regierung veranstalteten Klimakonferenz, angekündigt. Kredite der staatlichen KfW-Bank in Milliardenhöhe kämen hinzu. (wi)

### Mehr Erwerbstätige

Im ersten Quartal 2015 hatten nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes rund 42,4 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Deutschland. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wuchs die Zahl der Erwerbstätigen um 275.000 Personen oder 0,7 Prozent. Im vierten Quartal 2014 war der Anstieg zum Vorjahr mit +0,9 Prozent noch stärker ausgefallen. (wi)

Quelle: Kompetenzzentrum Großsiedlungen

➔ Fortsetzung von Seite 1

petenzzentrum Großsiedlungen gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik erarbeiteten Studie bis 2030 mit 90 Milliarden Euro beziffert wird.

Die auf repräsentativen bundesweiten Befragungen von Kommunen und Wohnungsunternehmen sowie vertiefenden Fallstudien beruhende Studie zeigt auf einer breiten empirischen Basis, welche erfolgversprechenden Handlungsansätze zur Weiterentwicklung von großen Wohnsiedlungen bestehen und welche Empfehlungen sich daraus für das politische und wohnungswirtschaftliche Handeln ergeben. „Ich hoffe, dass die neue Studie dazu beiträgt, die Belange der großen Wohnsiedlungen

wieder stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit und der Förderpolitik von Bund und Ländern zu rücken“, erklärte GdW-Präsident Axel Gedaschko anlässlich der Publikation des Gutachtens. Das sei deshalb wichtig, weil sich in den letzten Jahren die politische Diskussion in starkem Maße auf die Innenstädte fokussiert hat und die großen Wohngebiete des Mietwohnungsbaus des 20. Jahrhunderts aus dem Blickfeld geraten sind. (hunglschi) ■

➔ Die Studie können Sie gegen eine Schutzgebühr von 20 Euro unter [info@gross-siedlungen.de](mailto:info@gross-siedlungen.de) bestellen. Weitere Infos finden Sie in Kürze unter [www.gross-siedlungen.de](http://www.gross-siedlungen.de) in der Rubrik „Veröffentlichungen“.



Quelle: Kompetenzzentrum Großsiedlungen

DREI FRAGEN AN ...



Dr. Bernd Hunger  
GdW-Referent für  
Stadtentwicklung

Foto: Jens Rötsch

**wi: Sie sind Stadtentwicklungsreferent des GdW und gleichzeitig ehrenamtlicher Vereinsvorsitzender des Kompetenzzentrum Großsiedlungen. Wie passt das zusammen?**

**Hunger:** Die Zukunft der großen Wohnsiedlungen berührt unmittelbar die Interessen des GdW. Circa 3,5 Millionen der dortigen Wohnungen gehören GdW-Unternehmen. Zudem habe ich mich als Stadtplaner und Stadtsoziologe schon

seit langem fachlich für die Zukunft der großen Wohnsiedlungen engagiert.

**Wo sehen Sie besondere Chancen der großen Wohnsiedlungen?**

Die Anforderungen des Klimaschutzes kommen den Wohngebieten aufgrund ihrer energetisch vorteilhaften kompakten Bebauung bei gleichzeitig starker Durchgrünung entgegen. Zudem eröffnet die serielle Bauweise die Möglichkeit, rationell und damit kostengünstig zu sanieren und neue Qualitäten anzubieten. Die in der Regel gute Ausstattung mit umbaufähigen Gemeinbedarfseinrichtungen erleichtert die Anpassung der Quartiere an veränderte Bedürfnisse. Im Unterschied zum zersplitterten Kleineigentum besteht die Möglichkeit abgestimmten Handelns

professioneller Wohnungsunternehmen im Zusammenhang ganzer Quartiere.

**Wo sehen Sie die größten Herausforderungen?**

Aufgrund des häufig höheren Anteils von Haushalten mit niedrigem Einkommen und mit Migrationshintergrund bedürfen die großen Wohnsiedlungen besonderer sozialer Aufmerksamkeit. Die Gebiete sind zwar nicht die Ursache sozialer Konflikte, können aber eher zu Austragsorten solcher Konflikte werden, wenn die Belegungspolitik nicht den Zusammenhalt der Nachbarschaften sensibel berücksichtigt. Hinzu kommt: Einige der großen Wohngebiete haben nach wie vor Imageprobleme und gegen Stigmatisierungen anzukämpfen. ■

Bürgerschaftswahl in Bremen

**Bremen** – Am 10. Mai 2015 waren rund 491.000 Wahlberechtigte in Bremen aufgerufen, die dortige Bürgerschaft zu wählen. Die Wahlbeteiligung lag bei 50,1 Prozent. Insgesamt werden der 19. Bremischen Bürgerschaft 83 Abgeordnete angehören.

Wahlberechtigt zur Wahl der Bremischen Bürgerschaft ist jeder Deutsche, der seit mindestens drei Monaten seinen festen Wohnsitz in Bremen hat. Das Alter für die aktive Wahlberechtigung beträgt seit der letzten Bürgerschaftswahl 16 Jahre. Bürger aus Mitgliedstaaten der EU sind nur für die Wahl zur Stadtbürgerschaft und zu den Beiräten zugelassen. Daher kann die Stadtbürgerschaft in Bremen anders zusammengesetzt sein als der stadtbremische Teil des Landtags. Das ist nach der aktuellen Wahl wie in der 16. und 17. Bürgerschaft wieder der Fall. (schi) ■

Das vorläufige amtliche Wahlergebnis:

Partei	Stimmenanteil in %	Sitze
SPD	32,8	30
CDU	22,4	20
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	15,1	14
DIE LINKE	9,5	8
FDP	6,6	6
AfD	5,5	4
BIW (Bürger in Wut)	3,2	1
Sonstige	4,8	-

Quelle: Landeswahlleiter Bremen

➔ Weitere Infos finden Sie unter [www.wahlen-bremen.de](http://www.wahlen-bremen.de)